

Der Mittelstand. BVMW e.V. · Potsdamer Str. 7 · 10785 Berlin

An die
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und
deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

*via E-Mail

Bundesgeschäftsführung

Senator a.D. Christoph Ahlhaus
Vorsitzender

Potsdamer Straße 7 / Potsdamer Platz
10785 Berlin
Tel.: 030 533206-555
Fax: 030 533206-50
christoph.ahlhaus@bvmw.de
www.bvmw.de

Berlin, den 05.05.2026

EILT: Offener Brief an die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder

„Verweigern Sie der 1.000 EUR Entlastungsprämie die Zustimmung im Bundesrat – Spaltung des Mittelstands verhindern!“

Sehr geehrte Regierungschefinnen und Regierungschefs,

die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland wurde im ersten Quartal 2026 auf dem höchsten Stand in 20 Jahren gemessen – höher als zur Finanzkrise 2009. Die Insolvenzwelle wird vor allem von den Pleiten kleiner und mittlerer Unternehmen getrieben.

Die Belastungsgrenze für Arbeitgeber und Beschäftigte ist erreicht. Substanzielle Entlastungen sind nicht in Sicht. Die Stimmung in den Betrieben steht an einem Kipppunkt.

Zudem leiden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter den geopolitisch verursachten Preissteigerungen im Alltag. Jenseits der Situation in den Betrieben sind daher auch solche Entlastungsmaßnahmen, die ausschließlich Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen, eine dringende Notwendigkeit.

Doch die von der Bundesregierung angekündigte und vom Bundestag beschlossene 1.000 Euro Entlastungsprämie wird den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht gerecht. Sie stiftet bereits jetzt Unfrieden in den Betrieben und spaltet den Mittelstand.

Bei den Beschäftigten wurden Erwartungen und Hoffnungen geweckt, die vielfach nicht erfüllt werden können. Unweigerlich wird eine Mehrheit der Betriebe im Mittelstand nicht in der Lage sein, die Entlastungsprämie auszuzahlen. Dafür ist maßgeblich eine Wirtschaftspolitik verantwortlich, die weite Teile des Mittelstands spaltet und benachteiligt.

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.

Hinzu kommt:

Mit der Ankündigung der Prämie missachtet die Bundesregierung das Verursacherprinzip, indem sie die Kosten für die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Betriebe abwälzt.

Zugleich verwundert die Argumentation des federführenden Finanzausschusses, dass durch die Einführung der Entlastungsprämie Steuerausfälle von 2,8 Milliarden Euro zu kompensieren wären – wohlgerne Steuerausfälle von Zusatzleistungen, die von Arbeitgebern gezahlt werden müssen.

Die Belastung des Staates ist rein fiktiv. Die eigentliche Rechnung zahlt der Mittelstand.

Das Verursacherprinzip, welches als Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern vereinbart wurde, muss auch darüber hinaus der Maßstab für Vorschläge der Bundesregierung sein.

Daher soll gelten:

Wenn die Bundesregierung eine Entlastung ankündigt, muss sie auch die Kosten tragen. Der Mittelstand ist nicht der Zahlmeister für substanzlose Versprechen der Bundesregierung.

Den bereits entstandenen Unfrieden in den Betrieben gilt es jetzt zu begrenzen. Dazu zählt auch, dass solche Unternehmen, die dank gesunder finanzieller Situation zur Auszahlung der Entlastungsprämie in der Lage sind, weiterhin von einer gleichwertigen Entlastungsoption für ihre Beschäftigten profitieren. Für diejenigen aber, die dazu nicht in der Lage sind, muss die Politik andere Optionen aufzeigen.

Daher mit Nachdruck unser Appell:

Verweigern Sie dem Gesetz (Drs. 223/26) die Zustimmung im Bundesrat. Setzen Sie sich für eine Nachverhandlung im Vermittlungsausschuss ein, um eine gleichwertige Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Steuern und Sozialabgaben sicherzustellen und den Betriebsfrieden zu wahren.

Statt mit einer fiktiven Belastung des Staates eine auf den Mittelstand abgewälzte Entlastung zu finanzieren, muss der Bund jetzt eigene Finanzmittel bereitstellen und entsprechende Priorisierungen im Bundeshaushalt vornehmen.

In der Gesamtabwägung stellen wir fest, dass es für den Mittelstand sinnvoller ist, alle Beschäftigten über die regulären Steuern und Sozialabgaben zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen



Senator a.D. Christoph Ahlhaus
Vorsitzender der BVMW-Bundesgeschäftsführung
Erster Bürgermeister a.D. (Hamburg)